Die polnische Währung

Teildruck

aus einer Schrift zur Erlangung der Würde
eines Doktors der Staatswissenschaften
(rer. pol.) bei der Rechts- und Staats-
wissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen
Friedrich Wilhelms-Universität
zu Breslau

vorgelegt von
IMMANUEL GERHARDT TRIEBE
DIPLOM-VOLKSWIRT

1929

Gedruckt mit Genehmigung
der Rechts= u. Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Breslau

Berichterstatter: Prof. Dr. Albert Hesse

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

A. Die Währungslage bei Entstehung der Republik.

Die Währungsverhältnisse der neu ins Leben getretenen polnischen Republik waren mit dem Inflationserbe der Währungen der Okkupationsstaaten belastet. Deutschland, Oesterreich und Russland, deren Währungen den Zahlungsmittelbedarf in den verschiedenen, zu einer neuen Staats- und Wirtschaftseinheit zusammengefaßten Gebietsteilen der jungen Republik befriedigen mußten, hatten unter dem Zwang der wirtschaftzerstörenden Kriegsereignisse in mehr oder weniger großem Umfange zu finanziellen Mobilmachungsmaßnahmen gegriffen, die ihren Währungen die Pfeiler der Stabilität entzogen und einer inflatorischen Vermehrung des Papiergeldumlaufs die Bahn frei machten. Die Mittel, die hierbei zur Anwendung gelangten, waren ihrem Wesen nach die gleichen. Sie bestanden darin, daß die Bindung der Banknoten an das Gold durch Aufhebung der Einlösungspflicht beseitigt wurde, daß ferner auf irgendeinem Wege eine Geldschöpfungsquelle erschlossen wurde, aus der der Staat seinen gewaltig angewachsenen und mit normalen Mitteln nicht ausreichend zu befriedigenden Bedarf decken konnte. In den währungspolitischen Maßnahmen, die zur Durchführung der finanziellen Mobilisierung getroffen wurden, liegen die Wurzeln jener verhängnisvollen Entwicklung, die die Währungen sämtlicher drei Okkupationsmächte in der Folgezeit durchmachten. In ihnen liegen aber auch die Wurzeln des Verfalls der polnischen Währung. Denn da die Okkupationsmächte von den geschaffenen Möglichkeiten formaler, nicht auf realen Leistungen der Wirtschaft beruhender, zusätzlicher Kaufkraftschöpfung während der ganzen Kriegsdauer in großem Ausmaße Gebrauch machten, waren deren Währungen bei Kriegsende schon stark inflatorisch verseucht, also auch diejenigen Zahlungsmittelmengen übermäßig vergrößert, die in dem neu entstandenen Umlaufsgebiet der polnischen Republik den Zahlungsmittelbedarf zu befriedigen hatten.

Die Gesamtsumme der Zahlungsmittel, die im Augenblick der Entstehung der Republik Polen in dem neuen Wirtschaftsgebiet kursiert haben soll, wird auf rund 8 Milliarden Mark berechnet.[1])

[1]) Adamczewski, Zagadnienie a. a. O. S. 48.

1

Ein Eingehen auf die methodischen Schwierigkeiten, die einer solchen Berechnung entgegenstehen, und die zahlreichen Fehlerquellen, die eine exakte Feststellung unmöglich machen, erscheint für die Zwecke der Arbeit weder wünschenswert noch notwendig, da es hier nur darauf ankommt, einen ungefähren Vergleichsmaßstab für die Beurteilung der Ausmaße, die die Inflation im weiteren Verlauf der Entwicklung in Polen angenommen hat, zu gewinnen. Wie leicht einzusehen ist, verlieren selbst bedeutende Abweichungen jener Zahl von der Wirklichkeit an die Beurteilungsmöglichkeit beeinträchtigender Bedeutung, wenn die Vermehrung der Zirkulationsmittel einen so gewaltigen Umfang annimmt, wie dies in Polen schon im ersten Inflationsjahre und erst recht im Laufe der weiteren Inflationsjahre der Fall gewesen ist.

Inflatorische Aufblähung ging Hand in Hand mit einer die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Funktionen des Geldes erschwerenden Zersplitterung im Geldwesen des neuen Umlaufgebiets. Nicht weniger als vier Rechnungseinheiten waren bei Entstehung des polnischen Staates vorhanden: die deutsche Mark, die österreichische Krone, der russische Rubel und die polnische Mark, letztere eine Kriegsschöpfung der deutschen Okkupation. Entsprechend den Absichten Deutschlands, Polen als selbständigen Staat aufzurichten, sollte für diesen auch eine eigene Währung vorbereitet werden. Zu diesem Zweck wurde durch Erlaß vom 13. Dezember 1916 (Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau vom 9. Dezember 1916 Nr. 57 poz. 222) die Errichtung der polnischen Landes-Darlehnskasse, Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa (der Kürze halber in den weiteren Ausführungen PKKP genannt), bestimmt, die auf polnische Mark lautende, zum gesetzlichen Zahlungsmittel erhobene Darlehnskassenscheine ausgab. Im Werte wurde die polnische Mark einer Mark deutscher Reichswährung gleichgesetzt und vom Reich die Garantie dafür übernommen, daß die Landesdarlehnskassenscheine bei ihrer Einziehung zum Nennwert gegen deutsche Mark eingelöst werden würden. Die Währungseinheit war nach dem zu schaffenden polnischen Staat benannt. Durch die Einlösungsgarantie des Reiches wurde jedoch verhindert, daß sich für die neue Rechnungseinheit ein von der Reichsmark abweichender Kurs und eine von der deutschen Mark beträchtlich abweichende Kaufkraft im Innern bildete. Es handelte sich ja auch nicht um die Schaffung einer neuen selbständigen Währung, (hierfür fehlte das neue Staatsgebilde mit eigener Staatsgewalt), sondern um die Ausgabe besonders gekennzeichneter Geldzeichen für ein dem Umlaufsgebiete der Reichsmark zeitweilig angegliedertes Territorium.

B. Der Währungsverfall bis zur Einführung der Zlotywährung (die sog. erste polnische Inflation).

I. Formale und materielle Voraussetzungen der Inflation.

Wie dargelegt, lagen die Wurzeln des Verfalls der polnischen Währung schon in der inflatorischen Aufblähung der umlaufenden Geldzeichen der Okkupationswährungen. Aber erst nach Uebernahme der Gewalt durch die polnischen Machthaber begann der Währungsverfall größere, das gesamte Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsleben revolutionierende Ausmaße anzunehmen. Die aus der Okkupationszeit her bestehende Polnische Landesdarlehnskasse bot sich zunächst als willkommene Quelle dar, aus der man den unvermittelt auftretenden großen Geldbedarf der Staatswirtschaft schöpfen konnte. Die sofortige und hemmungslose Befriedigung dieses Geldbedarfs gelang umso leichter, als sich bei der Darlehnskasse größere, von den Okkupationsmächten zur Neuemission vorbereitete und bereits mit Unterschriften versehene Reservevorräte, die sog. Kriesnoten, befanden, die dann auch in einer nicht genau festzustellenden Höhe (angeblich 750 Mill.) ausgegeben wurden.

Als der Vorrat erschöpft war, mußte an den Druck neuer Geldzeichen herangegangen werden, Hierbei hatte man Gelegenheit, sich über die Wahl der Rechnungseinheit und der Emissionsstelle klar zu werden. Der nicht aufzuschiebende Geldbedarf des Staates ließ keine Zeit zu reformerischen Plänen und Entscheidungen, zwang zu eiligem Handeln. Alle Einrichtungen für eine schnelle Vermehrung der Geldzeichen waren bei der PKKP vorhanden, die Polenmark als Zirkulationsmittel in einem großen Teile des neuen Staatsgebildes eingebürgert. Daher fiel die Wahl der Emissionsstelle auf die PKKP, die Wahl der Rechnungseinheit auf die Polenmark. Jedoch sollte dies nur ein Übergangsstadium sein. Von dem einzuberufenden Sejm erwartete man die Durchführung einer Reform des Geldwesens.

Die durch Dekret des Staatspräsidenten vom 7. Dezember 1918[1]) neu festgesetzten Statuten der Polnischen Landesdarlehnskasse unterschieden sich daher wegen ihres provisorischen Charakters in ihrer Fassung nur wenig von den entsprechenden Bestimmungen der deutschen Besatzungsbehörden. Auf Grund des Dekrets wurde die PKKP zur einzigen Banknotenemissionsstelle des polnischen Staates und ihre Noten zum gesetzlichen Zahlungsmittel innerhalb des polnischen Gebietes erklärt.

Als Notendeckung sollten dienen (Art. 5):

1) Gold, 2784 Polenmark je 1 kg gerechnet.

2) Wechsel mit einer Verfallzeit von höchstens 4 Monaten, mindestens zwei Unterschriften und Bankgiro.

3) Waren bestimmter Art.

4) Deutsche Banknoten, die grundsätzlich bis zur Höhe von 10 Mill. Mark eingewechselt werden durften.

5) Polnische Wertpapiere, sowie russische und österreichische von der PKKP angekaufte Banknoten, jedoch diese Deckungsposten grundsätzlich auf die Höhe von 10 Mill. Mark begrenzt.

6) Geldsorten, Schecks und Wechsel der Nichtokkupationsstaaten in beliebiger Höhe.

Zu diesen Deckungspositionen trat noch eine andere Deckungsmöglichkeit, die nicht in die Bestimmungen des Artikels 5 Aufnahme fand, sondern gesondert in Art. 12 aufgeführt und bald zur Grundlage umfangreicher Emissionsoperationen der PKKP gemacht wurde. Dieser Art. 12 bestimmte, daß die PKKP an Staat und Gemeinden kurzfristige, zinslose, höchstens sechsmonatige Darlehen gewähren konnte, und daß die hierfür seitens des Fiskus zu hinterlegenden Schatzwechsel, seitens der Gemeinden zu verpfändenden Obligationen in die Deckung mit eingerechnet werden durften. Doch erforderte die Durchführung dieser Operationen die jedesmalige Zustimmung des Ministerrates, die der Bestätigung des Staatspräsidenten bedurfte, nach Einberufung des Sejm ein besonderes Sejmdekret.

Zwei Arten der Notenemission sind also von Anfang an zu unterscheiden. Eine freie, lediglich durch die Deckungsgrundlagen des Art. 5 kontingentierte, und eine an besondere Erlaubnis gebundene, aber durch keinerlei sachliche Kautelen von Wert gehemmte, wobei zudem noch das Recht der Zustimmung, solange der Sejm nicht einberufen war, einer Stelle zustand, die selbst die Interessen des Fiskus wahrzunehmen hatte, der naturgemäß eine möglichst weitgehende Befriedigung seines Geldbedarfs mit Hilfe der Notenpresse angesichts des Fehlens anderer einträglicher Beschaffungsquellen vorzunehmen bereit war.

Die geschilderten gesetzlichen Grundlagen der Notenemission sind während der ganzen Dauer der Emissions-

[1]) Dz. Pr. p. 56, veröffentlicht im Monitor Polski Nr. 227 vom 12. Dezember 1918.

tätigkeit der PKKP, d. h. bis zum 28. April 1924, dem Tage, an dem die Tätigkeit der Bank Polski begann und die Polnische Landesdarlehnskasse in den Stand der Liquidation trat, im großen ganzen bestehen geblieben.

Einige Aenderungen verdienen aber hervorgehoben zu werden. Durch Dekret des Verfassunggebenden Sejm vom 13. Februar 1920 (Dz. U. 1920 p. 84) wurde die Emission für Zwecke des Fiskus, ebenso die Aufnahme von Darlehen des Staates bei der PKKP in weiterer Ausführung der im Dezemberdekret vorgesehenen Regelung von der vorherigen Einwilligung des Sejm abhängig gemacht, sodaß von nun ab jede Neumission für die Bedürfnisse des Staates, die regelmäßig von einer Kreditaufnahme des Staates bei der Landesdarlehnskasse begleitet zu sein pflegte, zweier Sejmgesetze bedurfte.

Durch diese formale Erschwerung sind aber, wie die Entwicklung der polnischen Inflation zeigt, keine wirksamen Hemmungen für die Papiergeldvermehrung geschaffen worden. Im Sejm waren parteipolitische Gesichtspunkte ausschlaggebend. Jede Regierung, die ihnen genügend Rechnung trug und sich dadurch die Majorität zu sichern verstand, brauchte um die Erlangung der notwendigen Einwilligung nicht besorgt zu sein. Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Geldvermehrung und Wirtschaftsentwicklung war zunächst in dieser von Parteihader zerklüfteten Volksvertretung nicht vorhanden. Erst als die wirtschaftlichen Folgen des Währungsverfalls auch schon dem Beobachtungskreis weiter Bevölkerungsschichten nicht mehr entgehen konnten, wurden in Sejm vereinzelt Stimmen laut, die gegen eine Fortsetzung der inflatorischen Währungspolitik auftraten und auf Mittel zur Abhilfe hinwiesen. Die widerstrebenden Parteiinteressen verhinderten aber jahrelang eine eindeutige Stellungnahme größerer Machtgruppen des Sejm zu der Währungsfrage.

Weitere Änderungen der durch das Dezemberdekret geschaffenen gesetzlichen Grundlagen der Notenemission betrafen vornehmlich die Deckungsunterlagen für die Erteilung von Krediten an die Privatwirtschaft. Durch Gesetz vom 30. Mai 1919 (Dz. Pr. p. 313) wurde „in dem Bestreben, die von den Okkupanten zerstörte Industrie Polens wieder zu beleben", der PKKP erlaubt, 75 Mill. Polenmark ohne Wahrung der üblichen Deckungsbestimmungen in Form von Sonderkrediten unter besonders günstigen Bedingungen an die Industrie zu verteilen. Wegen der schwierigen Lage, in die die Wirtschaft durch den Bolschewisteneinfall geraten war, schritt man im darauffolgenden Jahre zur weiteren Erleichterung der Kreditbedingungen bei der PKKP. Auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 (Dz. U. 1920, poz. 402.) wurden die Deckungsbestimmungen dahingehend geändert, daß von nun ab auch Wechsel mit nur einer Unterschrift und Bankgiro und bis zu sechsmonatiger Laufzeit zugelassen wurden. Diese ungewöhnlich liberale Gesetzesvorschrift, zunächst nur für eine besondere Notzeit gedacht, blieb jedoch auch

nach Beendigung des Krieges mit Russland bestehen und ermöglichte die Geldvermehrung für Zwecke der Privatwirtschaft in großem Ausmaße.

Durch die gesetzlichen Bestimmungen des Dezemberdekrets und die darauf folgenden Ergänzungen und Änderungen war somit die Inflationsquelle nicht verstopft, im Gegenteil ihre Ausschöpfung durch die Kreditbestimmungen und Deckungsvorschriften außerordentlich erleichtert worden. Damit hatte man weiterer Vermehrung des Papiergeldumlaufs die Wege gebahnt, den labilen und dringend der Bindung an stabile Faktoren benötigenden Währungsgleichgewichtszustand, der als Währungserbe aus der Okkupationszeit übernommen worden war, beibehalten und zur Grundlage weiterer währungspolitischer Maßnahmen gemacht. Ungehemmt konnten sich die verschiedenen treibenden Kräfte auf die Wertänderung der polnischen Mark auswirken.

Die Voraussetzungen für eine weitere Währungszerrüttung waren somit in formaler Hinsicht gegeben. In materieller Hinsicht bestanden sie auch. Waren doch Grundlagen und Aufbau der Wirtschaft in sämtlichen zu einem neuen Staatsgebilde vereinigten Teilen durch den Krieg und die Staatsgründung in mannigfacher Beziehung aus dem Gleichgewicht gebracht. Teils zerstört und beschädigt, teils zu einer Neuorientierung bezüglich der Standorte und Absatzgebiete veranlaßt, zudem von der Geldseite her durch inflatorische Erscheinungen der Kriegszeit revolutioniert.

In der Landwirtschaft hatten insbesondere die östlichen und südöstlichen, von den kriegerischen Operationen des Weltkrieges unmittelbar heimgesuchten Gebietsteile der Republik Verwüstungen der Anbauflächen und Zerstörungen an lebendem und totem Inventar zu erleiden, die die Produktion fast gänzlich lahmlegten. Eine Wiederinbetriebnahme der Wirtschaften konnte auch nach Beendigung des Weltkrieges in diesen Gebietsteilen nicht erfolgen, da sie das ganze Jahr 1919 hindurch zum Schauplatz der Kämpfe mit den Bolschewiken und Ukrainern wurden und im Jahre 1920 erneut der Invasion der bis an die Weichsel-San-Linie vordringenden Bolschewiken ausgesetzt waren. Aber auch das westliche, ehemals deutsche Gebiet der jungen Republik, das vor dem Kriege als eine Korn- und Kartoffelkammer ersten Ranges galt, vermochte die ersten Jahre nur geringe Überschüsse über den eigenen Bedarf abzuwerfen, die zur Deckung der Fehlerträge der übrigen Landesteile bei weitem nicht ausreichten. Einem schnellen Wiederaufbau war dort insbesondere ein System der staatlichen Eingriffe in die Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hinderlich, das, von den Okkupanten überkommen, im Interesse gleichmäßiger Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln und mit Rücksicht auf die Verproviantierung des Heeres während der ganzen Zeit der Kämpfe mit den Bolschewiken beibehalten wurde und sich in vereinzelten Formen sogar bis Juli 1921 erhalten hat. Ferner mußten die unzureichende Zufuhr von Düngemitteln und die Einführung des Achtstundentages auf die Produktions-

ergebnisse ungünstigen Einfluß ausüben. Wie stark die Rückgänge in der landwirtschaftlichen Produktion zum Teil waren, mag eine Gegenüberstellung der Weizen- und Roggenerträge der Jahre 1913 und 1920 für die einzelnen Gebietsteile demonstrieren.

Es wurden geerntet in 1000 To. in[1])

	1913	1920
Westpolen	1898	680
Kongreßpolen	3980	1110
Galizien	1396	630
Insgesamt	7274	2420

Bis zum Erntejahr 1920/21 einschließlich war daher Polen zur Einfuhr größerer Getreidemengen gezwungen. Erst die guten Ernteergebnisse des Jahres 1921 und der darauffolgenden Inflationsjahre, durch atmosphärische Einflüsse begünstigt, machten Polen vom Bezug ausländischen Getreides im großen ganzen unabhängig.

In Bergbau und Industrie waren die Zerstörungen, die der Weltkrieg hinterlassen hatte, wenn man die nicht ernstlich betroffenen Wojewodschaften Schlesien, Posen und Pommerellen außer Betracht läßt, noch größer als in der Landwirtschaft. Die meisten Fabrikgebäude waren zerstört, ganze Maschinenparks vernichtet oder evakuiert, wichtige Maschinenteile konfisziert. Nach Wiederaufnahme der Produktion behinderten die unterschiedlichen Rechtsnormen, die verschiedene wirtschaftliche Struktur und die Divergenz in den Handelsbeziehungen der zu einer Einheit zusammengefaßten Gebietsteile den Güterumlauf. Auch ist zu bedenken, daß das wichtige Gebiet Ostoberschlesien Polen erst 1922 anheimgefallen ist und die erste Zeit nach erfolgter Angliederung gewissermaßen als Fremdkörper in Polens Wirtschaftsorganismus wirkte. Erschwerend für einen schnellen Fortschritt in der Wiederaufbauarbeit der Produktionsstätten trat hinzu, daß der wichtigste Produktionsfaktor, die menschliche Arbeitskraft, durch den Krieg in moralischer und physischer Hinsicht Schädigungen erlitten hatte, die in einem Rückgang der Arbeitsleistung ihren sichtbaren Ausdruck fanden; daß es ferner in Polen besonders an hervorragenden wirtschaftlichen Führern und einer wirtschaftlichen Schulung der an der Produktion unmittelbar beteiligten Massen fehlte, in den Regierungskreisen häufig das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge nicht vorhanden war; daß zudem der Siegestaumel und Expansionsdrang der ersten Republikjahre bei Unternehmern, Arbeitern und Regierung den Blick für die harte Wirklichkeit trübte.

Eine einigermaßen anschauliche, wenn auch rohe Vorstellung von dem Rückgang der Beschäftigung nach Kriegsende gibt folgende

[1]) Osteuropäische Länderberichte, Bd. I. S. 17.

die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte in den wichtigsten Industriezweigen (unter Ausschluß Ostoberschlesiens) erfassende Tabelle.[1])

	1913	1920	1921
Hüttenindustrie	19 800	10 300	14 100
Metall- und Maschinenindustrie	83 700	18 900	47 100
Textilindustrie	182 500	43 500	115 900
Lebensmittelindustrie	82 100	19 900	35 900
Tierverarbeitungsindustrie	9 300	3 000	6 000
Papier- u. Polygraphische Industrie	20 200	5 900	10 700
Holzindustrie	41 700	12 300	19 600
Chemische Industrie	16 900	6 700	10 300
Mineralindustrie	64 700	19 600	21 200
Insgesamt	520 900	40 100	280 800

Noch schwieriger als in der Privatwirtschaft war die Lage in der Staatswirtschaft, die buchstäblich vor dem Nichts stand, der es an einem gut eingearbeiteten, auf lange Tradition zurückblickenden und durch strenge Schulung erprobten Beamtenapparat und an einem leistungsfähigen Steuersystem fehlte, die erst auf den Trümmern der von den Okkupanten hinterlassenen Einrichtungen oder auf vollständig neuem Grunde aufgebaut werden mußte, während gleichzeitig die Finanzierung des Krieges mit Russland große Anforderungen an die finanzielle Leistungskraft stellte. Die Aufbauarbeit konnte hier nur schrittweise vor sich gehen und ist bis zur Gegenwart noch nicht beendet. Ob sie überhaupt ohne größere ausländische Hilfe geglückt wäre, wenn nicht die deutschen Okkupationsbehörden für das besetzte Gebiet einen gut organisierten und vielverzweigten Staatsapparat im kleinen bereits geschaffen hätten, in dem auch Polen zur Mitarbeit herangezogen wurden und somit Gelegenheit fanden, ihre für das spätere eigene Staatsgebilde verwerteten Einblicke, Erfahrungen und Kenntnisse zu erlangen, kann dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß die von den Okkupanten zurückgelassenen Einrichtungen sehr wertvolle Fundamente und Stützen bildeten, auf denen die junge polnische Republik ihr eigenes Staatswirtschaftsgebäude aufbaute.

Es ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, wie es komme, daß ein mit so reichen natürlichen Hilfsmitteln ausgestattetes Land wie Polen, das zudem noch zu den Siegerstaaten gehörte und daher von Reparationsverpflichtungen frei war, überhaupt einen Währungsverfall von nennenswertem Umfange habe durchmachen müssen. Die bisherigen Ausführungen dürften bereits gezeigt haben, daß eine derartige Problemstellung falsch ist. Sie kann nur aus mangelnder Kenntnis der in der Wirtschaft liegenden Grundvoraussetzungen jeden Währungsverfalls hervorgehen. Gewiss ist Polen in wirtschaftlicher Hinsicht potentiell reich. Es besitzt einen fruchtbaren, in

[1]) Osteuropäische Länderberichte, Bd. I. S. 33.

vielen Gegenden sogar erstklassigen Boden, große Waldbestände, wichtige Naturschätze wie Kohle und Eisen, Naphtha und Erdgas, Steinsalze und Mineralquellen. Dazu eine arbeitsame, wenn auch vielfach noch ungeschulte Bevölkerung. Die Entwicklung des Wohlstandes hängt aber davon ab, ob und inwieweit es gelingt, die wirtschaftlichen Kräfte des Landes zu mobilisieren und produktiven Zwecken nutzbar zu machen. In der ersten Zeit der neuen Selbständigkeit Polens waren diese Kräfte indessen zum großen Teil produktiver Verwertung entzogen. Dies ist bei Beurteilung der Währungslage und Währungsentwicklung zu beachten, wenn anders man nicht zu falschen Vorstellungen über die wirklichen Zusammenhänge gelangen will. Faßt man die Gesamtwirtschaftssituation Polens nach Entstehung der Republik ins Auge und berücksichtigt man die aus den kriegerischen Verwicklungen mit Russland an den jungen Staat herantretenden Anforderungen, so kann man darüber kaum im Zweifel sein, daß Polen eine Inflation von größerem Umfang durchmachen mußte. Auf diesem Wege war eine schnelle Vermögensumschichtung durchführbar, die den Staat für den Neubau seines eigenen Apparates und für Kriegszwecke, den produzierenden Bevölkerungsschichten für den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft auf Kosten der übrigen Bevölkerungskreise Mittel zufließen ließ. Daß der Währungsverfall aber die Ausmaße einer Währungskatastrophe hat annehmen können, und erst nach Erschöpfung der durch die Notensteuer nutzbar gemachten besonderen finanziellen Hilfsquellen großer Bevölkerungsschichten überhaupt ernsthaft an die Abkehr von der Finanzierung des Staatsbedarfs durch Schaffung zusätzlicher Kaufkraft mit Hilfe der Notenpresse gedacht wurde, ist zum großen Teil mangelnder Einsicht, Tatkraft und wirtschaftsorganisatorischer Begabung der verantwortlichen Stellen in Polen zuzuschreiben. Nicht ganz ohne Grund hat daher im Ausland der Eindruck mangelnder wirtschaftlicher Vertrauenswürdigkeit des schlecht wirtschaftenden polnischen Staates Verbreitung gefunden und Polens Kreditwürdigkeit so stark erschüttert, daß es nach Beendigung der Inflationswirtschaft nur unter sehr schweren Bedingungen ausländische Kredithilfe erhalten konnte.

II. Die beiden Inflationswellen, die staatliche und die private.

Im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage, in der sich die junge Republik nach ihrer Entstehung befand, kann es garnicht wundernehmen, wenn der volkswirtschaftliche Zweck der Schaffung von Umlaufsmitteln ganz in den Hintergrund trat, und die Notenemission in den Dienst des Neubaus und Umbaus der Staats- und Privatwirtschaft gestellt wurde und der Schaffung von Kaufkraft für die Verfolgung der politischen Ziele des Staates diente.

Vor allem wurde der Staat mit seinen außergewöhnlichen Bedürfnissen als Hauptmotor der Inflation wirksam. Ein ständig wachsender, unausgebildeter, von Anfang an von Korruption verseuchter, übermäßig teuer arbeitender Beamtenapparat, sehr weitgehende soziale Reformen, die insbesondere mit Rücksicht auf das benachbarte Rußland notwendig wurden, vor allem aber der Heeresetat verursachten Ausgaben in einer Höhe, bei der angesichts des Fehlens eines leistungsfähigen Steuererhebungsapparates an eine Deckung aus dem volkswirtschaftlichen Ertrage direkt nicht zu denken war, daher zu dem bequemen Mittel der Notenemission gegriffen wurde.

Wie innig der Zusammenhang zwischen Staatsbedarf und Notenemission war, zeigt eine Gegenüberstellung der Zahlenreihen der Verschuldung des Staates bei der PKKP auf der einen und der Höhe der Notenemission auf der anderen Seite, aus der zugleich eine Vorstellung über die quantitativen Ausmaße der Inflation in Polen gewonnen werden kann.[1])

Datum	Menge der Umlaufsmittel (in Mill. Polenmark) insgesamt [2])	Verschuldung des Staates (in Mill. Polenmark)
1918		
11. 11.	8 000	—
31. 12.	9 000	117,8
1919		
31. 3.	10 575	400,0
30. 6.	12 150	1 125
30. 9.	13 725	3 225
31. 12.	15 300	6 825
1920		
31. 3.	16 865	14 775
30. 6.	21 730,1	27 625
30. 9.	33 203,5	40 625
31. 12.	49 361,5	59 625
1921		
31. 3.	74 087,4	93 625
30. 6.	102 697,3	130 625
30. 9.	152 792,1	178 000
31. 12.	229 537,6	221 000

[1]) Taylor, Inflacja Polska a. a. O. S. 22.

[2]) Die Währungen der Okkupationsstaaten sind von Taylor auf Polenmark umgerechnet.

1922		
31. 3.	250 665,5	232 100
30. 6.	300 101,1	235 000
30. 9.	463 706,0	342 000
31. 12.	793 437,5	675 600
1923		
31. 3.	1 841 206	1 752 000
30. 6.	3 566 649	2 996 500
30. 9.	11 197 738	10 265 500
31. 12.	125 371 955	111 332 000
1924		
31. 3.	596 244 000	291 700 000
27. 4.	570 698 000	291 700 000

Ein Vergleich der beiden, die eigentliche Ursache des Währungsverfalls in Polen aufdeckenden Zahlenreihen gibt ein sehr charakteristisches Bild der polnischen Inflation. Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, bleibt bis etwa Mitte 1920 die Verschuldung des Staates gegenüber der Menge der emittierten Polenmarknoten zurück, von da ab bis etwa Ende 1921 scheint der Staat über die Menge der ausgegebenen Polenmarknoten hinaus auch noch private und öffentliche Einlagen, die der polnischen Landesdarlehnskasse zuflossen, für seine Zwecke beansprucht zu haben. Seit Ende 1921 ändert sich das Verhältnis, indem wieder die Menge der emittierten Geldzeichen die Höhe der Staatsverschuldung übersteigt.

Die erforderliche Genehmigung, von der die Emission abhängig war, und die durch Gesetz des verfassunggebenden Sejm vom 13. 2. 1920 (Dz. U. 1920 p. 84) erneut ausdrücklich zur Voraussetzung jeder Neuemission gemacht wurde, handhabte man unter dem Zwange der Not und mangels eines führenden währungspolitischen Zieles in sehr liberaler Weise. Häufig wurden die Formalitäten nicht gewahrt und erst nachträglich das erforderliche Sejmgesetz erlassen. Das erste Beispiel hierfür, das in der Folgezeit Nachahmung fand, gab der Finanzminister Bilinski. Es geschah dies häufig mit stillschweigender Einwilligung des Sejm, der lediglich aus parteipolitischen Gründen manchmal Schwierigkeiten machte, nicht aber aus Rücksichten auf die Währungs- und Finanzverhältnisse.

Auch die währungspolitischen Maßnahmen der Polnischen Landesdarlehnskasse zeigten keinerlei dieser Entwicklung entgegenarbeitende Tendenzen. Vielmehr geriet diese in ihren Dispositionen und Handlungen mehr und mehr in die Abhängigkeit von den politischen Zielen und den daraus resultierenden staatsfinanziellen Maßnahmen der Regierung, denen sie sich restlos unterordnete. Ihre Noten waren nur noch nominell Banknoten, in Wirklichkeit jedoch

Staatsnoten der polnischen Republik, die mit Rücksicht auf ihren Zwangskurs wie eine staatliche Zwangsanleihe oder Steuer wirkten.

Eine Vorstellung von der Bedeutung, die diese Art der Beschaffung von Mitteln für den polnischen Staat während der ganzen Inflationsdauer gespielt haben muß, gewinnt man bei einer Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des polnischen Staates für die fünfjährige Inflationsperiode 1919—1923, die einer Arbeit des bekannten polnischen Nationalökonomen Szturm de Sztrem[1]) entnommen ist (Zahlen in Polenmark):

	1	2	3	4	5	6
	1918 (Nov. u. Dez.) Mill.	1919 Mill.	1920 Bill.	1921 Bill.	1922 Bill.	1923 Trill.
Einnahmen	93	2526	15	163	807	64
Ausgaben	228	9743	70	289	925	145
Defizit	135	7217	55	126	118	81

Wie ersichtlich, deckten die Einnahmen des Staates aus den üblichen Beschaffungsquellen während der ganzen Inflationsperiode immer nur einen recht bescheidenen Teil der Ausgaben, der besonders in den Jahren 1918 bis 1920 und 1923 relativ sehr gering war. Normalerweise, in Zeiten geordneter Währungs- und Finanzverhältnisse, hätte eine derartige Defizitwirtschaft des Staates zu einer ungeheuren Verschuldung führen müssen. Die Notenemission für Staatszwecke verhinderte dies. Dauernd wurde neue zusätzliche Kaufkraft mit Hilfe der Notenpresse von der PKKP geschaffen, die dem Staat auf dem Darlehnswege zur Verfügung gestellt wurde und, auf den Markt gebracht, einen Güterentzug bei allen Mitgliedern der Wirtschaftsgemeinschaft zu Gunsten des Darlehnsnehmers oder derjenigen, an die die geliehenen Beträge ausgezahlt wurden, herbeiführte. Über die Ausmaße des auf diesem Wege erfolgten Güterentzuges, der als „Notensteuer" dem Staate zufloß, hat Szturm de Sztrem versucht, ungefähre zahlenmäßige Unterlagen zu gewinnen. Er berechnete diese Notensteuer für vierteljährliche Zeiträume in der Weise, daß er zu dem Dollarwert der umlaufenden Geldzeichen am Anfang der der Berechnung zugrundegelegten Periode den Dollarwert der während des betreffenden Quartals neuemittierten Geldzeichen hinzurechnet und von der so erhaltenen Summe den Dollarwert der am Ende der der Betrachtung unterzogenen Vierteljahrsperiode umlaufenden Geldzeichen abzieht. Ist der Dollarwert der neuemittierten Geldzeichen während eines Quartals kleiner, als der Dollarwertzuwachs der umlaufenden Geldzeichen bei Gegenüberstellung der Anfang- und Endwerte ergibt, so ist für diesen

[1]) Sztrum de Sztrem, Żywiołowość a. a. O. S. 36.

Zeitraum eine Inflationssteuer nicht erhoben worden, es bestand vielmehr für die Papiergeldbesitzer eine Inflationsprämie. Szturm de Sztrem kommt bei dieser Berechnungsweise, die natürlich nur ganz rohe Maßstäbe liefern kann, zu folgenden Resultaten über den Umfang der Inflationssteuer (in Tausend Dollar): [1])

Jahr u. Quartal	Inflations-steuer	Inflations-prämie	Inflationssteuer netto
1918 (Nov. u. Dez.)	28 564	—	28 564
1919 I.	39 456	—	
II.	24 419	—	205 138
III.	62 420	—	
IV.	78 843	—	
1920 I.	15 084	—	
II.	—	19 139	162 357
III.	87 187	—	
IV.	79 225	—	
1921 I.	22 432	—	
II.	76 163	—	103 897
III.	33 005	—	
IV.	—	27 703	
1922 I.	20 663	—	
II.	12 687	—	96 160
III.	33 249	—	
IV.	29 561	—	
1923 I.	26 832	—	
II.	35 711	—	139 871
III.	32 137	—	
IV.	45 191	—	
1924 I.	6 088	—	6 088
Insgesamt			742 075

Stellt man diese Zahlen den gleichfalls in Dollar umgerechneten sonstigen Einnahmeposten des Staates gegenüber, so fällt sofort die überragende Bedeutung der Inflationssteuererträge ins Auge. Es betrugen nämlich [2]):

[1]) Szturm de Sztrem, Żywiołowość a. a. S. S. 41.
[2]) Szturm de Sztrem, Żywiołowość a. a. O. S. 15.

Die Einnahmen	1918	1919	1920	1921	1922	1923
I. Aus dir. und ind. Steuern, Zöllen, Monopolen und Gebühren	5,9	34,6	28,8	38,4	57,2	49,2
II. Aus Inflationssteuer	28,6	205,1	162,4	103,9	96,2	139,9
Insgesamt	34,5	239,7	191,2	142,3	153,4	189,1

Wie die Tabellen zeigen, sind die Beträge, die mit Hilfe der Notensteuer den Mitgliedern der Wirtschaftsgemeinschaft entzogen wurden, am größten in den Jahren 1918, 1919, 1920 und 1923, während die dazwischen liegenden Jahre 1921 und 1922 Zeiträume abnehmender Ergiebigkeit sind. Das aus Szturm de Sztrems Berechnungen erkennbare erneute Ansteigen der Inflationssteuererträge für 1923, nach einer Periode abnehmender Ergiebigkeit, dürfte die wirkliche Entwicklungstendenz kaum richtig wiedergeben. Viele vom Verfasser beobachtete Erscheinungen deuten darauf hin, daß die Ergiebigkeit der Inflationssteuer bis zum Ende der Inflationsperiode im großen ganzen ununterbrochen abgenommen hat. Szturm de Sztrems Berechnungen verlieren ja wegen der von ihm gewählten Vierteljahrsperioden umsomehr an Annäherung an die Wirklichkeit, je schneller das Tempo des Währungsverfalls während der betrachteten Periode war und Veränderungen im realen Wert der umlaufenden und emittierten Geldzeichen hervorrief. Gerade für das Jahr der Währungskatastrophe 1923 müßten daher genauere, kürzere Zeiträume umfassende, Berechnungen vorgenommen werden, die dann höchstwahrscheinlich zu anderen Ergebnissen führen würden.

Die Ausgaben, die der polnische Staat mittels der Notensteuer finanzierte, waren zum sehr erheblichen Teil unfruchtbar, schufen keine neuen wirtschaftlichen Güter, sondern dienten unproduktiven Zwecken der Kriegsausrüstung.

Zwar wurden schon in den ersten Jahren Versuche gemacht, größere Teile der Ausgaben des Staates durch Einnahmen aus Steuern zu decken, aber die Ergebnisse der in Angriff genommenen Steuerreformen waren sehr gering, weil sie ohne Rücksicht auf die fortschreitende Kaufkraftminderung der Polenmark gemacht wurden, und weil es an einem leistungsfähigen Steuersystem und Erhebungsapparat fehlte, weil es zudem den leitenden Finanzministern und dem Sejm, von dem deren Entscheidungen in hohem Maße abhängig waren, an Energie, Einsicht und Kenntnissen mangelte. Eine richtige Einschätzung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben war ja überdies infolge des ständigen, zeitweise rapiden Polenmarkverfalls unmöglich geworden. Jedes Budget war somit sowohl in seiner Einnahme- als auch in seiner Ausgabenseite von Anfang an auf fiktiven Grundlagen aufgebaut, denn zwischen dem Tage der Festsetzung und der Erhebung einer Staatsabgabe, ebenso zwischen dem Tage der Erhebung und der Verwendung verfloß ein gewisser Zeitraum, innerhalb dessen der reale Wert der in Papier-

mark angesetzten Einnahmen eine Verringerung, der reale Wert der in Papiermark angesetzten Ausgaben eine Vergrößerung erfuhr. Besonders die Einnahmen aus den sog. direkten Steuern schrumpften gewaltig zusammen, sodaß der polnische Fiskus sich immer mehr auf die sog. indirekten Steuern stützen mußte, die nicht in gleichem Maße wie jene der Entwertung unterlagen, und bei denen man durch einfache Erhöhung der Sätze der Verringerung entgegenzuwirken suchte. Um ein solches Vorgehen zu erleichtern, wurde durch Gesetz vom 10. Mai 1921 (Dz. U. 1921 poz. 248) der Ministerrat ermächtigt, die Durchführung derartiger Erhöhungen vorzunehmen, zunächst nur bis zum 31. Dezember 1921. Angesichts des rapiden Polenmarkverfalls wurde aber durch Gesetz vom 16. März 1923 (Dz. U. 1923 poz. 183) dem Ministerrat erneut und zwar bis zum 31. Dezember 1923, die gleiche Ermächtigung erteilt.

Bequeme Haupteinnahmequelle für den Staat blieb aber der Druck neuer Papiergeldzeichen.

Erst die Währungskatastrophe des Jahres 1923 zwang die verantwortlichen Stellen, der Frage der Ausgestaltung des Steuersystems und seiner Dienstbarmachung für den Staatsbedarf die allergrößte Aufmerksamkeit zu widmen.

Bemühungen um den Aufbau eines eigenen Steuersystems sind freilich von Anfang an vorhanden gewesen. Die ersten polnischen Finanzminister versuchten angesichts des gänzlichen Fehlens brauchbarer Steuerformen für das ganze Staatsgebiet auf dem Wege außerordentlicher Abgaben Deckungsmittel für den Staatsbedarf heranzuschaffen. Vermögens-, Kriegsgewinnsteuer u. a. m. sollten große Erträge abwerfen. Die Resultate dieser ersten Periode „wilder" Steuergesetzgebung waren minimal.

Eine zweite Entwicklungsperiode auf dem Wege zur Schaffung eines eigenen polnischen Steuersystems beginnt mit der Übernahme des Finanzministeriums durch Grabski, der fast ein Jahr lang, vom 13. Dezember 1919 bis 25. November 1920 auf diesem Posten verblieb und unter dessen Einfluß die Unifizierung der Steuerformen der drei Teilgebiete Fortschritte machte, und die Grundlagen zu einem einheitlichen Steuersystem für das ganze polnische Staatsgebiet gelegt wurden. Im Mittelpunkt der von Grabski geschaffenen Steuern stand die Einkommensteuer.

Ein weiterer Ausbau erfolgte dann unter Michalski, der vom 26. 11. 1921 bis 6. 6. 1922 den Finanzministerposten innehatte. Seiner Wirksamkeit ist es zu verdanken, daß auch die sog. indirekten Steuern in das polnische Steuersystem größere Aufnahme fanden.

Die letzte der Entwicklungsperioden auf dem Wege zur Schaffung eines leistungsfähigen polnischen Steuersystems begann mit der erneuten Übernahme des Finanzministeriums durch Grabski im Jahre 1923 (13. 1. bis 1. 7. 1923) und reicht bis in die Gegenwart hinein. Die Periode ist gekennzeichnet durch das Streben, das Steuersystem möglichst vielseitig auszubauen und überkommene Schwächen mehr und mehr auszumerzen.

Allerdings scheuten die verantwortlichen Minister wegen der Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, auf vielen Gebieten der Finanzgesetzgebung, hauptsächlich bei den direkten Steuern, vor grundlegenden Reformen zurück. Die ausländischen Experten, die Polen nach seinem Währungszusammenbruch zu Rate zog, nahmen daher wiederholt Veranlassung, auf die Mängel des polnischen Steuersystems und die Bedeutung dieser Mängel für die Ausbalancierung des Staatshaushalts und damit für die Sanierung der Währung hinzuweisen.[1]) Bei Aufnahme der großen ausländischen Sanierungsanleihe im Oktober 1927 wurde dann in dem von Polen akzeptierten Stabilisierungsplan, über dessen Durchführung der Vertreter der Agenten der Geldgeber, Charles Dewey, zu wachen hat, die Reform des polnischen Steuersystems als ein wichtiger Punkt mit aufgenommen.

Erst Ende 1923 war der Aufbau und Ausbau des polnischen Steuersystems so weit vorgeschritten, daß bei größtmöglicher Reduzierung der Staatsausgaben an eine Deckung aus ordentlichen Quellen mit Aussicht auf Erfolg überhaupt gedacht werden konnte. Während der Inflationsjahre 1919—1923 dagegen waren Steuersystem und Erhebungsapparat sehr unvollkommen entwickelt. Die bequeme Möglichkeit der Beschaffung der nötigen Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse des Staates auf dem Wege der Notenemission hat vermutlich auf eine schnellere Vervollkommnung dieser wichtigen Werkzeuge staatlicher Finanzwirtschaft hemmend eingewirkt. In dem Maße, wie im Laufe der Entwicklung der Inflation die Aussichten auf die Erzielung größerer Einnahmen mit Hilfe der Notensteuer schwanden, mußte auch die Aufbauarbeit auf diesem Gebiet infolge des verstärkten Drucks eine Beschleunigung erfahren.

Neben der staatlichen Inflationswelle ist eine durch die Bedürfnisse der privaten Wirtschaft in Bewegung gesetzte Inflationswelle bis etwa Ende 1921 nicht in Erscheinung getreten. Erst Anfang 1922, im weiteren Verlauf des Währungsverfalls in immer hemmungsloserer Weise, wurden auch die Kreditwünsche der Privatwirtschaft mit Hilfe der Notenpresse befriedigt.

Trotz des niedrigen Zinsfußes sank bald nach Übergang der PKKP an Polen der Kreditbedarf der Privatwirtschaft zur völligen Bedeutungslosigkeit herab. Während noch bei Übernahme der PKKP (11. 11. 1918) das Wechselportefeuille sich auf ca. 7 Mill. Mark stellte, nahm es von da an ständig ab und erreichte September 1919 sein Minimum von etwa rund 100 000 Polenmark. Zur gleichen Zeit etwa mit der Diskontkreditinanspruchnahme erreichte auch die Lombardkreditinanspruchnahme der Privatwirtschaft ihr Minimum. Sie sank im Zeitraum November 1918 bis September 1919 von 92,8 Mill. auf 35,4 Mill. Polenmark.

[1]) Vgl. insbesondere Sprawozdania . . . Kemmerera, Bd. I, Abschnitt III.

Die Ursache dieser Entwicklung wird in dem gewaltigen Rückgang zu suchen sein, den der Güterumlauf in dieser vielfach geradezu chaotischen ersten Zeit des Bestehens des neuen, in seinen Grenzen noch nicht feststehenden Staats- und Wirtschaftsgebietes zu verzeichnen hatte. Gerade in Wirtschaftsgebilden von vornehmlich agrarer Struktur vermag ja ein solcher Rückgang große Ausmaße anzunehmen, ohne die überwiegende Mehrheit der Wirtschaftssubjekte in ihrer Existenz allzusehr zu gefährden. Soweit trotz des ungünstigen Einflusses, der von den ungelösten politischen Konflikten ausging, wirtschaftliche Unternehmungslust vorhanden war, vermochte der freie Geldmarkt mit Leichtigkeit und zu niedrigen Sätzen die angeforderten Mittel bereitzustellen.

Seit Herbst 1919 änderte sich das Bild. Allmählich kam größeres Leben in den Warenverkehr, und die Wirtschaft begann auf die PKKP einen Druck in der Richtung auszuüben, größere Kreditmöglichkeiten zu schaffen. Dem Druck wurde nachgegeben, und da die Diskontsätze künstlich niedrig gehalten wurden,[1]) wuchs die Inanspruchnahme zu bedeutenden Ausmaßen an. Neben der staatlichen Inflationswelle gewann die private, eine Begleiterscheinung der ersteren, immer mehr an Umfang und Wirkung. Folgende Tabelle soll diese Entwicklung veranschaulichen:[2])

Datum	Wechselkredite		Andere Kredite	
	In Mill. Mark	In % der zirkulierenden Polenmarkmenge	In Mill. Mark	In % der zirkulierenden Polenmarkmenge
11 XI 1918	6,9	0,8	92,8	10,5
30 IX 1919	0,1	0,003	35,4	1,2
31 XII 1919	3,9	0,07	97,1	1,8
30 VI 1920	161,4	0,7	388,9	1,8
31 XII 1920	609,7	1,2	3 574,4	7,2
30 VI 1921	1 557,3	1,5	5 306,5	5,1
31 XII 1921	15 324,4	6,6	19 299,9	8,4
30 VI 1922	42 629,8	14,2	24 499,5	8,1
31 XII 1922	133 400,8	16,8	47 904,1	6,0
30 VI 1923	627 399,5	17,6	310 862,7	8,7
31 XII 1923	20 588 037,9	16,4	20 712 172,7	16,5
27 IV 1924	199 248 956,5	34,9	60 589 089,0	10,6

Je deutlicher die Wirkungen der künstlichen Kaufkraftvermehrung an den Entwicklungen der Warenpreise sichtbar wurden, um so mehr sahen die an der Leitung der Gütererzeugung und der Organisation des Güterumsatzes teilnehmenden Schichten ihren Vorteil darin, Papiermarkkredite in Anspruch zu nehmen. Der Druck

[1]) Der Diskontsatz betrug im Jahresdurchschnitt: 1920 6%, 1921 6,3%, 1922 und 1923 7%.

[2]) Taylor, Inflacja Pol ka a. a. O. S. 189.

auf Regierung und Banken, die Möglichkeiten der Kreditinanspruchnahme zu erleichtern, mit der Notwendigkeit des Aufbaus und der Erweiterung der Produktionsstätten hinreichend begründet, um auf wohlwollende Nachgiebigkeit zu stoßen, nahm mit jedem Tage zu. Während noch nach Erlaß des bereits an anderer Stelle besprochenen Gesetzes vom 14. 7. 1920 betreffend Krediterleichterungen für die Wirtschaft Widerstände bei der Leitung der PKKP gegen eine zu freigebige Handhabung der Kreditpolitik sich bemerkbar machten, trat seit dem mit vorübergehenden Erfolg unternommenen Versuch Michalskis, die Polenmark zu stabilisieren (1921), unter dessen Einfluß auch bei dieser eine Hinwendung zu liberalerer Kreditpolitik ein, die in der Folgezeit beibehalten wurde. Michalski, der die Emission für Staatszwecke durch Aufbringung der nötigen Mittel zur Deckung der Unterschüsse im Staatsbudget mittels einer einmaligen Vermögenssteuer aufhalten wollte, glaubte durch Vergrößerung der Kreditmöglichkeiten für die private Wirtschaft allmählich die Deckungsgrundlagen der Darlehnskassenscheine verbessern und zu einer „Normaldeckung der umlaufenden Banknoten" zurückkehren zu können. Wenn es auch angesichts der scharfen Kritik, die seine Ansichten im Sejm von mancher Seite erfuhren, zu keiner offiziellen Aktion im Sinne Michalskis kam, so genügte doch des Finanzministers Empfehlung an die PKKP, die Kreditquoten für „berechtigte" wirtschaftliche Zwecke nicht zu limitieren, um die Hemmungen bei der Kreditzuteilung, soweit sie bei der Leitung der Zentralbank noch bestanden, zum Schwinden zu bringen. Die large Kreditpolitik der polnischen Landesdarlehnskasse fand auch bei den Privatbanken bald Nachahmung. Auf diesem Boden konnten neben reellen Unternehmungen auch Schwindelgründungen sich üppig entfalten. Außer der Notensteuer für die Zwecke des Staates wurde eine solche zu Gunsten der den Produktionsprozeß organisierenden und leitenden Schichten erhoben, dabei Sparkapital langer Generationen aufgebraucht und die Verarmung großer Massen herbeigeführt.

Die Entwicklung der Kreditpolitik der Zentralbank in Polen ist nur ein Beispiel mehr für die auch in anderen, vom Währungsverfall heimgesuchten Ländern gemachte Beobachtung, daß sich bei einer von Seiten des Staates betriebenen Inflatorischen Finanzierungspolitik auch gegenüber der Privatwirtschaft gesunde Grundsätze der Kreditgewährung nicht aufrechterhalten lassen. Die bei geordneten Währungsverhältnissen wirksamen Mittel der Diskontpolitik und der Kreditrestriktion verlieren bei fortgesetzter Inanspruchnahme der Notenpresse für Staatszwecke ihre Wirksamkeit. Denn die Ausmaße, die die Geldentwertung bei einer solchen Finanzierungspolitik allmählich annimmt, würden eine Diskonthöhe erforderlich machen, die, auf die Gesamtheit aller Kreditoperationen angewendet, für weite Teile der Kreditnehmer schädigende Wirkungen haben müßte. Der Staat aber, der als Hauptmotor der Inflation wirkt, würde von einer Diskontheraufsetzung nicht betroffen werden.

Auch in der Nachprüfung der Qualität des Wechselmaterials ergeben sich mit fortschreitender Geldentwertung für die Zentralbanken immer größere Schwierigkeiten. Es ist unmöglich, den Produktionsstand eines Unternehmens zu beurteilen, wenn die Kalkulationsgrundlagen dauernden Veränderungen unterliegen und fester Rechengrößen entbehren. Die größte Gefahr für die Aufrechterhaltung gesunder Methoden der Kreditgewährung gegenüber der Prvaitwirtschaft bei bestehender inflatorischer Inanspruchnahme der Zentralbank durch die Staatswirtschaft liegt aber in den vernichtenden Wirkungen, die die Geldentwertung je länger je mehr auf das mobile Kapital der Unternehmungen ausübt und dem daraus resultierenden, auf beachtlichen Argumenten gestützten und sich dauernd verstärkenden Druck, dem Kreditverlangen der Wirtschaft nachzukommen, wenn anders nicht der Produktionsapparat stillgelegt werden soll. Will oder kann der Staat nicht von der Finanzierung seines Bedarfs mit Hilfe der Notenpresse abgehen, so muß er, um sich nicht unüberwindliche Hindernisse in der Wirtschaft zu schaffen, auch weite Kreise der Unternehmerschichten an der in die Zirkulation gebrachten zusätzlichen Kaufkraft teilnehmen lassen.

Die dadurch herbeigeführte Einkommen- und Vermögensumschichtung zugunsten der Unternehmer führte in Polen zu einer gewaltigen Mobilisierung der Produktivkräfte des Landes, die einen Ausbau des Produktionsapparates, insbesondere des industriellen, zur Folge hatte, der in den sich dauernd verschlechternden Kaufkraftbedingungen des Inlandsmarktes keine genügenden Stützen mehr fand, diese daher außerhalb des eigenen Wirtschaftsgebietes suchen mußte. Beziehungen zu benachbarten und entlegenen Ländern mußten angebahnt werden. Während aber die Umschichtung der Vermögen und Einkommen vor sich ging, fanden, wie in späteren Ausführungen zu zeigen sein wird, innerhalb des Wirtschaftsorganismus Kräfteverschiebungen statt, die der Möglichkeit der Erhebung der Notensteuer sowohl zugunsten des Staates als auch der Unternehmerschichten immer engere Grenzen setzten.

Die für die Zwecke der staatlichen und privaten Wirtschaft geschaffene zusätzliche Kaufkraft strömte teils auf dem Inlandsmarkt und übte hier ihre verderblichen Wirkungen auf die Kaufkraft der Polenmark auf dem Wege über erhöhte Einkommen und Preise aus, teils wandte sie sich dem Valutenmarkt zu und führte dort zu Veränderungen der Wechselkurse zuungunsten der Polenmark.

Größere Wechselwirkungen zwischen Valutenkursentwicklung und Preisen dürften anfangs, solange die Verflechtung der polnischen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft gering war, nicht bestanden haben. Im weiteren Verlauf der polnischen Inflation verstärkten sich dann die Wechselbeziehungen, weniger infolge des Einflusses der Valutenkurse auf die Einfuhr- und Ausfuhrgestaltung und dann weiter auf die Warenpreisentwicklung in Polen, als vielmehr im Zusammenhang mit den Erscheinungen der „Flucht in die Sach-

werte“ und der „Einführung wertbeständiger Faktoren“ in die Wirtschaft. Hierauf wird in diesen Erscheinungen gewidmeten besonderen Abschnitten zurückzukommen sein.

Die Papiergeldvermehrung wirkte zunächst in stärkerer Weise auf die Veränderung der Wechselkurse als auf die Bewegung des inländischen Preisniveaus ein, da größere Teile der inflatorischen Kaufkraft den Weg über den Wechselkurs nahmen. Das von Warenvorräten entblößte neue Wirtschaftsgebiet, dessen Produktionsapparat teils zerstört, teils beschädigt war, in dem sich neue Wirtschaftsbeziehungen zum Teil erst anbahnen mußten, bedurfte dringend der Hilfe des Auslandes. Insbesondere waren anfangs starke Lebensmittel- und Rohstoffimporte notwendig, während der Export noch völlig darniederlag. Es mußten, soweit nicht Kredite die Zahlungen auf spätere Zeit hinausschoben, in starkem Maße polnische Marknoten an das Ausland veräußert werden. Dies gelang zunächst verhältnismäßig leicht, da man im Ausland noch keine Anhaltspunkte für Polens wirtschaftliche Vertrauenswürdigkeit besaß, und von seiten der Spekulation zugunsten Polens die Tatsache in Rechnung gestellt wurde, daß dieser Staat durch den Sieg der befreundeten Mächte politisch an Bedeutung gewonnen habe. Bald aber wurde das Überwiegen des Angebots von polnischen Zahlungsmitteln auf Märkten, die für Polen unentbehrlich waren, entscheidend, und es setzte ein Sinken der polnischen Markkurse auf den ausländischen Börsen ein. Besondere Bedeutung gewann die Bewertung der Polenmark in Danzig, dem Hauptaustauschplatz für deutsche und polnische Mark.

Nachdem der dringendste erste Waren- und Rohstoffbedarf der Volkswirtschaft befriedigt war, wandte sich der Hauptstrom der zusätzlich geschaffenen Kaufkraft dem Inlandmarkt zu. Seit Anfang 1920 etwa zeigte daher das Preisniveau in Polen in seiner Entwicklung stärkere Verfallserscheinungen als die Wechselkurse. Mitte 1921 etwa übernahm dann der Dollarkurs im Verfallsbild der polnischen Währung erneut die führende Stellung und behielt sie bis Ende 1923 bei. Auf die hauptsächlichsten Ursachen dieser Veränderungen ist in den Abschnitten: „Flucht in die Sachwerte“ und „Einführung wertbeständiger Faktoren“ eingegangen worden.